

Ist unser politisches System noch in der Lage zu demokratischem Krisenmanagement?

Die vergangenen Jahre der Corona-Pandemie haben unsere Gesellschaft in einer nie dagewesenen Weise gefordert.

Bundesweite Maßnahmen wurden an zentraler Stelle beschlossen und ohne Rücksicht auf lokale Gefahrenlagen und teils unter Missachtung fundamentaler Grundrechte umgesetzt. Andererseits ziehen sich lokale Politiker und Verwaltungen darauf zurück lediglich Weisungen ausgeführt zu haben.

Beides ist mit dem Wesen von Demokratie (altgriechisch „Volksherrschaft“) nicht vereinbar.

Das wirft die grundlegende Frage auf: Sind die bestehenden Entscheidungsstrukturen überhaupt noch geeignet, um flexibel, transparent und verhältnismäßig auf Krisen zu reagieren und so das Vertrauen der Bürger in die Politik sicherzustellen?

Hier ist neben einer kritischen Aufarbeitung der Corona Maßnahmen auch eine ehrliche Diskussion längst überfälliger Veränderungen notwendig.

Sollten lokale Strukturen gestärkt werden, um mehr Eigenverantwortung zu übernehmen? Sollte die Kommunikation zwischen den Ebenen transparenter und partizipativer gestaltet werden? Sollte nach Schweizer Vorbild auch bei uns die parlamentarische Demokratie durch Elemente einer direkten Demokratie gestärkt werden? Diese und viele andere Fragen müssen gestellt und beantwortet werden.

Leider trägt die zentrale Politik gegenwärtig kaum dazu bei, die notwendige Diskussion anzustoßen. Die Gefahr, dass ähnliche Mechanismen in künftigen Krisen erneut zur Anwendung kommen, wird so immer wahrscheinlicher.

Und gerade deshalb sollte die Corona-Krise für uns alle der Anlass sein über den Weg in eine zukunftsfähigere, gerechtere und transparentere Gesellschaft nachzudenken.

Gerade hier sehen wir als „Basisdemokratische Partei Deutschland“ unsere besondere Aufgabe.

Der Vorstand
dieBasis
Kreisverband Osnabrück